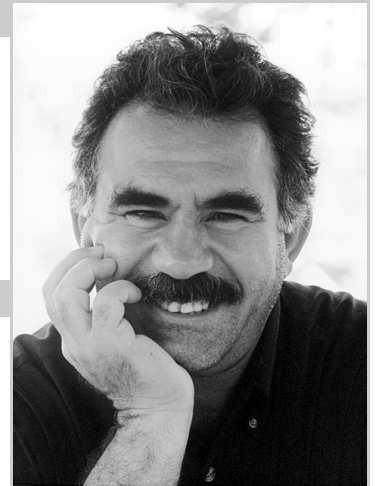


Freiheit für Abdullah Öcalan

Wer ist Abdullah Öcalan?

Abdullah Öcalan wird von Kurdinnen und Kurden als ihr politischer Repräsentant angesehen. Rund dreieinhalb Millionen Kurdinnen und Kurden haben dies in einer Unterschriftenkampagne 2006 bezeugt. Er ist ihr bedeutsamster Vertreter im Kampf um kulturelle Rechte und Demokratie und gilt als Symbol für die Freiheit der KurdInnen. Öcalan wendet sich gegen Separatismus und Sezessionismus und präsentiert als Lösungsperspektive einen demokratischen Mittleren Osten mit gleichberechtigten Völkern.



Unermüdlicher Einsatz für den Frieden

Seit 1993 versucht Öcalan, mit einseitigen Waffenstillständen günstigere Bedingungen für eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Auch nach seiner illegalen Entführung und Inhaftierung hat Öcalan keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, sich für eine friedliche, politische Lösung der kurdischen Frage einzusetzen. Auf seinen Aufruf hin zog sich die Guerilla 1999 von türkischem Gebiet zurück und hielt bis 2005 einen einseitigen Waffenstillstand. Im Oktober 2006 befolgte die Guerilla seinen erneuten Aufruf zum einseitigen Waffenstillstand.

Isolation – Gefängnisinsel Imrali: das Guantanamo Europas

Die Türkei hält ihren prominentesten Gefangenen seit 1999 in illegaler Isolationshaft. Öcalan ist der einzige Gefangene auf der Festungsinsel, ohne Kontakt zu lebenden Wesen. Selbst Pflanzen sind verboten. Zahlreiche Gesetze wurden speziell für ihn geändert, Verteidigerrechte außer Kraft gesetzt, Sonderstrafen eingeführt. Imrali ist ein rechtsfreier Raum, ein juristisches Niemandsland, das dem Militär untersteht – nicht der Justiz.

Todesstrafe durch die Hintertür: Erst isolieren, dann vergiften

Am 1. März präsentierten Öcalans Anwälte Laborbefunde, die deutlich auf eine Vergiftung mit Schwermetallen hinweisen. Seither fürchten Millionen von KurdInnen um sein Leben – und um den Friedensprozess, der praktisch völlig zum Erliegen gekommen ist. Denn gleichzeitig mit dem Giftanschlag auf Öcalan finden die intensivsten Militäroperationen seit Jahren statt – gegen eine Guerilla, die seit zwölf Monaten einen einseitigen Waffenstillstand hält. Proteste überall in Kurdistan und in Europa waren die Folge – Demonstrationen, friedliche Besetzungen, ein 39-tägiger Hungerstreik von achtzehn kurdischen AktivistInnen in Straßburg. Das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) sah sich gezwungen, auf die Gefängnisinsel Imrali zu reisen. Trotzdem liegt noch immer kein Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung vor.

Eskalation der Gewalt

Bei den intensivsten Militäroperationen der türkischen Armee seit Jahren gibt es viele Tote auf beiden Seiten. Öcalan hat seit Jahren vor dieser Eskalation gewarnt und versucht, sie zu verhindern. Seine Aufrufe zu einem beidseitigen Waffenstillstand stießen jedoch bei den Verantwortlichen in der Türkei auf taube Ohren. Statt dessen soll er ausgeschaltet und die Unterdrückungspolitik fortgesetzt werden. Europa schweigt und unterstützt so die türkische Gewaltpolitik.

Warum sind wir hier?

Wir wollen Frieden und eine demokratische Lösung in Kurdistan und der Türkei. Wir glauben, dass Öcalan mit seinen Konzepten für eine demokratischen Republik der Garant einer solchen Lösung ist. Die unmenschliche Isolationsfolter gegen ihn muss beendet, die Vergiftung gestoppt werden. Wir fürchten um sein Leben.

Deshalb:

- Für eine vollständige Aufklärung des Vergiftungsverdachts, der Bericht des CPT muss veröffentlicht werden
- Für ein Ende der Isolationshaft, Imrali muss geschlossen werden
- Für ein sofortiges Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen
- Für einen Dialog zur Lösung der kurdischen Frage
- Dialog statt Gewalt: Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan



Frieden in Kurdistan

Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“
PF 100511, D-50445 Köln, info@freedom-for-ocalan.com, www.freedom-for-ocalan.com

Hintergrund

Die ungelöste kurdische Frage

Noch immer werden Kurdinnen und Kurden in der Türkei, in Syrien und dem Iran elementarste Rechte vorenthalten. Die gewaltsame Unterdrückung aller politischen Forderungen führte zur Entstehung bewaffneten Widerstands überall in Kurdistan. Militärisch herrscht zwischen Guerilla und Armee mittlerweile eine Pattsituation. Die Bemühungen um eine politische Lösung in der Türkei, wo die meisten Kurdinnen und Kurden leben, haben aber bisher nicht zu einem Durchbruch geführt.

Europa: Eine Mauer des Schweigens

Trotz der Beitrittsverhandlungen der Türkei hat die EU die KurdInnen offenbar abgeschrieben. Seit Jahren gibt es nicht den Hauch eines Konzeptes von europäischer Seite, wie die kurdische Frage in der Türkei gelöst werden kann. Die kurdische Seite, die mehrfach tragfähige Lösungskonzepte präsentiert hat, wird systematisch ausgegrenzt, ihre RepräsentantInnen zu Unpersonen erklärt und so eine ganze Bevölkerung gedemütigt. Dabei sind die Forderungen der KurdInnen keineswegs maßlos oder übertrieben. Sie fordern die volle Anerkennung in den jeweiligen Staaten als kurdische Staatsbürger mit allen kulturellen und politischen Rechten – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Menschenrechte im freien Fall

Die Terrorismusdebatte seit dem 11. September 2001 hat auch in Europa dazu geführt, dass Menschenrechte völlig relativ geworden sind. Menschenrechte wie das Folterverbot gelten nicht mehr universell – Ausnahmen werden die Regel. Im Falle Öcalan heißt das: Die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen werden zwar gelegentlich sanft kritisiert, letztlich aber von der Politik gebilligt. Selbst eine schleichende Ermordung durch Gift wird stillschweigend akzeptiert – die herrschenden Staaten in Europa werden jedenfalls nicht dagegen einschreiten. So ist Europa, insbesondere die Institution „Europarat“, die über die Menschenrechte auf dem Kontinent wachen soll, besonders lautstark, wenn es gilt, die USA für CIA-Entführungen, Folter und Sondergefängnisse zu kritisieren. Doch das Sondergefängnis Imralı, dessen Insasse ebenfalls von der CIA entführt wurde und seither der Isolationsfolter ausgesetzt ist, interessiert sie nicht – denn es liegt in Europa. Erst drei Monate nach Bekanntwerden der Laborergebnisse bequemte sich das Antifolterkomitee, nach

Imralı zu fahren, weitere vier Monate später liegt immer noch kein Ergebnis der Untersuchung vor.

Imralı: das Guantanamo Europas

Die Türkei hält ihren prominentesten Gefangenen seit 1999 in illegaler Isolationshaft. Zahlreiche Gesetze wurden speziell für ihn geändert. Beispielsweise werden alle Konsultationen mit seinen AnwältInnen werden von einem anwesenden Beamten auf Tonband aufgezeichnet, neuerdings völlig legal. Verteidigerrechte werden so komplett außer Kraft gesetzt. Meist werden die Besuche jedoch ohnehin verhindert. Medizinische Behandlung seiner zahlreichen gesundheitlichen Beschwerden findet nicht statt. Einsprüche gegen solche Rechtsbrüche sind zwecklos. Die Insel Imralı ist ein rechtsfreier Raum, ein juristisches Niemandsland, einer der Orte, an denen Menschenrechte systematisch ausgehebelt werden. Letztlich wird durch solche rechtsfreien Räume wie Guantanamo und Imralı das Niveau der Menschenrechte weltweit neu definiert – weit unterhalb des Akzeptablen.

Friedensprozess – aber wie?

Im Moment scheint ein Friedensprozess weiter entfernt zu sein als je zuvor. Nach der Parlamentswahl hat das Militär hat in der Türkei in der kurdischen Frage wieder das Heft in die Hand genommen. Die nationalistische Hetze nimmt täglich zu, rassistische Morde und Anschläge sind Ausdruck dieser Atmosphäre. Besonders durch das Massaker von Beytüşebap, dessen Täterschaft völlig ungeklärt ist und dessen Machart auf die Konterguerilla hindeutet, haben sich die Spannungen noch einmal verschärft. Gleichzeitig findet massive Repression gegen kurdische und linke PolitikerInnen statt, die gewählten Volksvertreter sollen mit allen Mitteln diskreditiert werden.

Licht am Horizont...

Doch immer mehr Menschen auch in der Türkei ist klar, dass es keine militärische Lösung eines politischen Problems wie der kurdischen Frage geben kann. Die Problematik ist nicht unlösbar, auf Seiten des türkischen Staates fehlt aber überwiegend der Wille zu einer Lösung. Die kurdische Seite hat ihre Kompromissbereitschaft immer wieder unter Beweis gestellt – jetzt ist die Türkei am Zug. Die Haftbedingungen Öcalans sind ein Barometer für die Ernsthaftigkeit des Friedenswillens jeder türkischen Regierung. Beide Seiten wissen das.



Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“

PF 100511, D-50445 Köln, info@freedom-for-ocalan.com, www.freedom-for-ocalan.com